

## Syrien und die Folgen

Der Syrienkonflikt hat die strategische Landkarte wie kaum ein anderer Konflikt in den letzten Jahren verändert. Gründe für den Konflikt sind das Scheitern der zivilgesellschaftlichen Reform- und Protestbewegung (sog. „Arabischer Frühling“), die Formierung des militärischen Widerstandes und die Unterwanderung desselben durch radikal-islamistische Gruppen, die Einflussnahme der Regionalmächte Türkei, Iran und anfangs noch Saudi-Arabien auf den Konfliktablauf, die Involvierung Russlands und zu guter letzt das Auftreten des Islamischen Staates (IS siehe Infobox).

Nach vielen gescheiterten Vermittlungsversuchen ermöglichte der politische Richtungswechsel der Türkei die von der UN überwachte Evakuierung Ost-Aleppos im Herbst 2016. Danach lag die Initiative bei den Russen, denen es mit kasachischer Unterstützung gelang, Teheran, Damaskus und Ankara sowie die syrische Opposition Ende Jänner 2017 in Astana an den Verhandlungstisch zu bekommen. Das „Syrienjahr“ 2017 steht also unter dem großen Fragezeichen, ob Astana der Beginn eines Prozesses ist, der den Konflikt entlang der existierenden Waffenstillstandslinien stabilisieren oder gar einfrieren lässt. Vorderhand unberechenbare Faktoren sind die Frage, wann und durch wen (USA, YPG, Syrer) der IS aus Syrien vertrieben wird und welche Aufmerksamkeit die neue amerikanische Administration dem Syrienkonflikt widmen will.

Mit einiger Sicherheit lässt sich jedoch jetzt schon voraussagen, dass sowohl die Türkei als auch der Iran eine wichtige Rolle spielen werden. Beide Staaten wurden vom Syrienkonflikt unterschiedlich beeinflusst.

### **Instabil und fremd geworden: die Türkei**

Bis zum Amtsantritt der AKP war die Türkei um höfliche Distanz zu ihren muslimischen Nachbarstaaten bemüht. Politisches Ziel war die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, mit der das nationalistische Europäisierungsprojekt hätte abgeschlossen werden sollen. Die daraus erfolgte Verleugnung geographischer und kulturgeographischer Realitäten mussten selbst die Kemalisten relativieren, z.B. durch Interventionen im Nordirak aufgrund der Kurdenfrage (siehe Kasten).

Auf konzeptioneller Ebene wurde jedoch erst unter Außenminister Ahmet Davutoğlu und Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Umorientierung der Außenpolitik vorgenommen. Davutoğlu bemühte sich, durch wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit der islamischen Welt zur Stabilisierung und politischen Entradikalisierung der Region beizutragen. Erdoğan

hingegen irritierte durch islamistische Rhetorik und Osmanennostalgie.

Zum sicherheitspolitischen Bumerang entwickelte sich die türkische Syrienpolitik. Ankara rechnete anfangs wie Paris, London und Berlin mit einem baldigen Sturz Bashir al-Assads und unterstützte daher die syrische Moslembroderschaft in der Hoffnung, pro-türkische sunnitische Eliten in Damaskus an die Macht zu bringen und dies in kurzer Zeit vollbringen zu können. Diese Wunschvorstellung erklärt zunächst die großzügige Geste Ankaras, die Grenzen für (arabischsprachige, sunnitische) syrische Flüchtlinge zu öffnen. Offensichtlich hatten die Türken sich jedoch wie alle anderen Mächte mit der Konfliktdauer verkalkuliert und standen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik vor Herausforderungen, die sie nur schwer bewältigen konnten aber geschickt zum Druckmittel gegen die Europäer umformten.

Eine weitere Konsequenz der türkischen Anti-Assad-Politik war die enge sicherheitspolitische Kooperation mit Katar. Der Kleinstaat am Golf ist nicht nur wegen seiner Finanzmacht ein wichtiger Partner der Türkei, seine Medienmacht (Al-Jazeera) und sein von Saudi-Arabien unabhängiger politischer Kurs (Unterstützung der Moslembroderschaft) tragen wesentlich zur Attraktivität für Ankara bei. Jedoch führte diese Partnerschaft zur Entfremdung mit Saudi-Arabien, einem finanziell ebenfalls sehr einflussreichen Partner der Türken. Und schließlich führte die Unterstützung der Gegner Assads zu Beziehungen zwischen Ankara und radikalen Al-Qaida Gruppen in- und außerhalb der sog. Free Syrian Army. Aufgeflogene Waffenlieferungen durch den türkischen Geheimdienst MIT wurden von der Opposition als Beweis zitiert, dass Ankara nicht einmal vor einer Unterstützung des IS zurückschreckte (siehe die Infobox). Selbst wenn derartige Beziehungen, sofern sie existierten, kaum mehr als lose Geheimdienstkontakte gewesen sein dürften, so warfen sie doch ein schiefes Licht auf die türkische Politik gegenüber radikalen Gruppen und führten im Zuge der generellen türkisch-europäischen Entfremdung zu großem Misstrauen. Zudem waren sie keine Garantie dafür, dass der IS die Türkei nicht angreifen werde – von 2014 bis 2016 verübte der IS mehr als ein Dutzend Anschläge mit vielen Toten im Land.

Vier Gründe erklären den türkischen Politikwechsel gegenüber Syrien: Erstens ließ sich der offensichtliche Misserfolg Ankaras in Syrien nicht mehr verheimlichen. Dort hatte man nicht nur keinen Erfolg gegen Assad sondern auch noch Russland verärgert (Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges im Jahr 2015, Ermordung des russischen Botschafters im Dezember 2016). Ein Kurswechsel konnte daher helfen, die Beziehungen mit Russland zu reparieren. Dazu kam zweitens die relative Isolation der Türkei im westlichen politischen Lager, die

trotz des Flüchtlingsdeals von 2015 nach dem gescheiterten Militärputsch von 2016 noch verstärkt wurde. Darüber hinaus, drittens, wurde der Krieg in Syrien immer doppelgleisig geführt: Den Sturz Assads betrieb der Geheimdienst MIT mithilfe lokaler Kräfte, die Armee hingegen sah immer die PKK-affilierte YPG als die eigentliche Bedrohung. Nach dem Scheitern des Friedensprozesses im Jahr 2015 fiel es der Regierung daher nicht schwer, dem Druck des Militärs nachzugeben und die Lage in Nordsyrien („Rojava“) als die eigentliche Bedrohung für das Land darzustellen. Schließlich, viertens, bot eine Militärintervention in Syrien trotz aller Risiken die Möglichkeit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Indem die türkische Armee die Region von Jerablus bis El-Bab einnahm, verhinderte sie die Vereinigung der kurdischen (sprich PKK-geführten) Kantone Qamishli und Kobani mit dem dritten Kanton Afrin. Gleichzeitig konnte sich Ankara der internationalen Gemeinschaft gegenüber als energischer Kämpfer gegen den IS ausweisen, der von El-Bab aus hartnäckigen Widerstand leistet und den Türken schwere und demütigende Verluste zufügt (z. B. das Verbrennen türkischer Soldaten bei lebendigem Leibe), die sich nur durch eine strenge und effiziente Zensur in der Türkei unterdrücken lassen.

### **IS: Der zweitbeste Feind**

Aus westlicher vor allem aus US-amerikanischer Sicht steht der Kampf gegen den IS im Vordergrund der militärischen und politischen Anstrengung. Daher gehen die meisten Akteure in der Region davon aus, dass sie sich auf ihre „eigentlichen“ Feinde und strategischen Ziele konzentrieren können. Denn mit Ausnahme der irakischen Regierung ist der IS jedermanns zweitbesten Feind, dessen Niederlage bald erwartet wird. Außerdem sind die arabischen Führer des IS in der Region gut bekannt und Gesprächskanäle zu ihnen müssen existieren, auch wenn sie sich im Einzelfall schwer nachweisen lassen. Daher spielen ältere Konflikte eine größere Rolle: die irakischen Kurden fürchten ein Erstarken der Zentralregierung in Bagdad mehr als den IS, ähnlich fürchtet Teheran einen aus der alten Elite hervorgehenden General, der den Irak unter dem Banner des Arabismus eint, mehr als den Kalifen von Mosul, während das syrische Regime zwar den IS bekämpft, seinen Hauptfeind aber in anderen Oppositionsgruppen sieht. Die Türkei wiederum bekämpft zwar den IS, dessen Opfer sie erst jüngst geworden ist, hat aber die syrischen PKK-Ableger YPG und PYD als Hauptfeind, während die PKK hofft, durch den von der YPG geführten Kampf gegen den IS internationale Anerkennung zu bekommen und mittelfristig die Streichung von der Terrorliste zu erreichen.

Für Ankara mag der Kurswechsel in Syrien noch zur rechten Zeit gekommen sein, um die Position des Landes bei den Verhandlungen in Astana zu stärken. Er unterstreicht jedoch, dass das Land nicht in der Lage ist, die Ereignisse in Syrien in seinem Sinne zu diktieren und seine Interessen nur in Kooperation mit Partnern wie Russland und Iran wahrnehmen kann. Noch ist es jedoch zu früh, um von einer möglichen Dreier-Allianz zu sprechen. Viel mehr handelt es sich um eine Interessenskonvergenz, die pragmatische gehandhabt wird.

Langfristig bedeutender und für die Region unberechenbarer dürfte jedoch die Veränderung des Verhältnisses zu Europa und zum Westen allgemein sein. Unabhängig davon, wie der EU-Beitritt der Türkei gesehen wird, bildeten die politische und kulturelle Ausrichtung der türkischen Eliten nach Europa und die Einbindung des Landes in die Verteidigungsstrukturen der NATO eine fixe Größe in den strategischen Gleichungen des Nahen Ostens, die sich nun verändern.

Die innenpolitischen Umwälzungen, vor allem die Säuberungen im Sicherheitsapparat, die erwartungsgemäß nach dem Putsch intensiviert wurden, haben in der letzten Zeit auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens übergegriffen. Manche Autoren sprechen bereits von einer großangelegten politischen Säuberung gegen unliebsame Akademiker, Richter, Journalisten und Intellektuelle, um nur die wichtigsten Berufsgruppen zu nennen. Ersetzt werden diese fehlenden Kader durch in der Regel weniger gebildete Erdoğan-Anhänger aus dem islamistischen und ultranationalistischen Spektrum, deren antidemokratische und antiwestliche Rhetorik immer wieder Anlass zu Besorgnis in Berlin, Brüssel und Washington gab. Noch ist nicht klar ersichtlich, welche genauen Zugeständnisse Erdoğan an die Ultranationalisten in- und außerhalb der MHP machen musste, die Distanz zur EU und der harte Kurs in der Kurdenfrage könnten jedoch schon ein Teil davon sein.

Diese Entwicklung wurde spätestens ab 2013 deutlich, als Erdogans Absichten, eine Präsidialrepublik einzurichten, nicht mehr verschleiert wurden. Dabei geht es dem Präsidenten in erster Linie nicht nur unbedingt darum, Familienangehörige wegen mutmaßlicher Korruptionsvorwürfe vor Strafverfolgung zu schützen, obwohl dieser Aspekt bestimmt auch eine Rolle spielt. Vielmehr spiegelt die von Erdoğan Ende Jänner 2017 durch das Parlament gepeitschte Verfassungsreform den in der türkischen Gesellschaft verbreiteten Wunsch nach einem „starken Mann“ (*büyük adam*) entweder in der Art eines Atatürk oder wenigstens als eine Art osmanischen Sultan wider; denn gute Parteichefs werden gleich wie Sufi Meister oder Stammeschefs auch als Wohltäter (*veli-nimet*) wahrgenommen, denen man Respekt (*hörmət*) ohne

Widerrede zollt. Dem Parlament kommt in diesem Zusammenhang nur mehr eine beratende Funktion zu, die Minister sind kaum mehr als Wesire, die nach Gutdünken ein- oder abgesetzt werden können, dasselbe gilt für die Richterschaft. Das Resultat wäre dann ein autoritärer Führerstaat nach orientalistisch-despotischem Muster<sup>2</sup>. Damit einher geht die Ablehnung des herkömmlichen Demokratieverständnisses auf intellektueller und akademischer Ebene und die Betonung einer „Demokratie“, die im „Einklang mit den traditionellen türkischen Werten ist“. Kritische Debatten über Menschen- und Minderheitenrechte werden dadurch ebenso schwierig, wie es beinahe unmöglich wird, die Wirtschaftslage, ohne zu beschönigen, in der Öffentlichkeit zu hinterfragen.

Dadurch stellt sich von türkischer Seite weniger die Frage des EU-Beitritts als die eines besonders privilegierten Verhältnisses zu Europa, das Ankara im Idealfall nach seinen Interessen gestalten will. Die Beitrittsperspektive wird selbstredend keinesfalls aufgegeben, sondern als eine Art diplomatisches Mikado gespielt: wenn die Europäer als erste „nein“ zum EU-Beitritt sagen, haben sie nach türkischem Kalkül in den Augen der internationalen und vor allem der globalen muslimischen Öffentlichkeit verloren und den Beweis erbracht, dass Europa ein chauvinistischer und christlicher Club ist. Außerdem ist zu erwarten, dass Großbritannien und die Türkei sich in der Frage der zukünftigen besonderen Partnerschaft mit der EU koordinieren werden. Ob und inwieweit diese Koordination den beiden Staaten Vorteile bei den Verhandlungen schaffen wird, kann noch nicht beurteilt werden.

Zusammengefasst können folgende Kernaussagen für 2017 gemacht werden: Mittelfristig werden sich die Beziehungen zum Westen lockern, da ihnen zunehmend die gemeinsame Wertebasis abhanden kommt, ohne jedoch ganz zum Bruch zu führen. Innenpolitisch wird der Kurs in Richtung Präsidialrepublik fortgesetzt werden. Außenpolitisch bleibt die Türkei zwar NATO Mitglied, geht aber von Fall zu Fall opportunistische Zweckbündnisse mit anderen Akteuren in der Region ein. Eine durchdachte Außenpolitik und Strategie, wie sie noch unter Davutoğlu versucht wurde, ist vorderhand nicht zu erkennen. Aus europäischer Sicht

ist die Türkei nun politisch-instabil und kulturell fremd geworden.

### **Vorsichtig und selbstbewusst: die Islamische Republik Iran**

Der Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump am 20. Jänner 2017 kommt für die iranische Regierung und die strategischen Planer in Teheran ungelegen. Seine Drohungen, aus dem Nuklearabkommen JCPOA wieder auszusteigen oder es aufzuschneiden, wurden von den Iranern postwendend zurückgewiesen. Erwartungsgemäß erfüllt Teheran seinen Teil des Abkommens und verlangt von der internationalen Gemeinschaft, nun ihrerseits mit der schrittweisen Aufhebung der internationalen Sanktionen zu beginnen.

Die politische Bedeutung des Abkommens liegt zunächst in der iranischen Wirtschafts- und Innenpolitik. Denn durch das Abkommen soll die Islamische Republik Iran wieder an die internationalen Märkte angeschlossen und der Handel normalisiert werden, um in weiterer Folge Investoren ins Land zu locken und die Wirtschaft zu stabilisieren. Den dadurch entstehenden Reformdruck will Präsident Hasan Ruhani dazu nutzen, Gesetze und Regelungen zu adaptieren und zu modernisieren. Vor allem ist seine Regierung bemüht, die Rechtssicherheit für Investoren herzustellen. Hinter dieser wirtschaftsfreundlichen Politik stehen aus Ruhanis Sicht aber nicht nur wirtschaftliche Überlegungen. Denn die mangelnde Rechtssicherheit betrifft nicht nur ausländische Investoren, sondern die gesamte Gesellschaft. Ruhani versucht in seiner Politik die wirtschaftsfreundlichen Ansätze seines Mentors, des kürzlich verstorbenen Sheikh Ali Akbar Hashemi-Bahramani, genannt Rafsanjani, und den menschen- und bürgerrechtlichen politischen Ansatz seines Vorgängers Seyyed Mohammad Khatami zu vereinen.

Ruhani plant also den erhofften Wirtschaftsaufschwung zu nutzen, um die von ihm während des Wahlkampfes versprochenen Gesellschaftsreformen – im Prinzip handelt es sich um bescheidene, aber dennoch wichtige Liberalisierungsschritte – umzusetzen. Gleichzeitig soll die aufgeblähte Verwaltung gestrafft und effizienter gestaltet werden. Beschwerden über behördliche Inkompetenz gehören im Iran zur Tagesordnung, vor allem die allgegenwärtige Korruption, die Ideologisierung des Verwaltungsapparates, der omnipräsente staatliche Überwachungs- und Repressionsapparat sowie der stetig steigende Einfluss der Revolutionsgarde in der Wirtschaft und die damit einhergehenden Wettbewerbsverzerrungen tragen zur Delegitimierung des Regimes in der Bevölkerung bei.

---

<sup>2</sup> Der Begriff der „orientalischen Despotie“ prägte die akademische Debatte über den Kommunismus in den 1950er Jahren. Angesichts jüngster Ereignisse in der Region plädiere ich für eine Wiedereinführung des Begriffs, will man sich nicht absurder Oxymorone wie „illiberale Demokratie“ oder „demokratisch legitimierter Autoritarismus“ u.ä. bedienen. Vgl. Carl August Wittfogel, *Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power*, Yale 1957.

Ruhani hat seine gesellschaftspolitischen Ziele 2013 in einem Strategiepapier namens „Bürgervertrag“ (*manshūr-e shahrvandân*) niedergelegt. Im Text geht es dabei weniger um einen großangelegten Gesellschaftsentwurf, sondern um die Verbriefung der Bürgerrechte (*boquq-e shahrvandân*) und die Anwendung derselben in der Islamischen Republik. Umgelegt auf die Realpolitik bedeutet dies nicht notwendigerweise ein Zurückfahren des staatlichen Repressionsapparates, aber eine deutliche Einschränkung der selbst-arrogierten Machtbefugnisse irregulärer Gruppen, der sogenannten Hezbollahis. Ihre Anhänger sind in vielen Fällen auch in den Sicherheitskräften aktiv und für ihre Willkür, Brutalität und Unberechenbarkeit berüchtigt. Diese Gruppen entstanden Anfang der 1990er Jahre mit dem expliziten Ziel, die Politik des damaligen Präsidenten Rafsanjani und später Khatamis zu konterkarieren. Von ihnen kam bisher der hartnäckigste Widerstand gegen die Politik Ruhanis. Zum einen blockierten ihre Vertreter im Parlament die Regierungsarbeit, indem sie zum Beispiel Kampagnen gegen Minister und Vertraute des Präsidenten führten. Zum anderen verwickelten ihre Aktivisten die staatlichen Kulturbehörden und Sicherheitskräfte in endlosen Streitereien über genehmigte (!) kulturelle Aktivitäten wie Dichterlesungen, Konzerte oder Kinovorführungen.

Der Hintergrund derlei Aktivitäten ist ein ernster: Der Islamischen Republik war es bisher nicht gelungen, die Anwendung des koranischen Prinzips „Gutes befehlen und Schlechtes verwehren“ (*al-amr bi-l-ma'ruf va nahy ani l-munkir*, Sure 9:71; Artikel 8 der iranischen Verfassung) zu regeln. Das erlaubte es den Hezbollahis und anderen selbsternannten Tugendwächern, „Sünder“ auf eigene Faust zu bestrafen oder „sündige“ Veranstaltungen zu stören. Abgesehen von den oft brutalen Folgen für die Betroffenen wurden diese Aktionen in den 1990er und 2000er Jahren eingesetzt, um dadurch Druck auf die Politik auszuüben und entweder politische Kurskorrekturen oder wirtschaftliche Zugeständnisse für ihre Klientel zu erzwingen. Die Unberechenbarkeit dieser Gruppen, von denen viele durch Ahmadinejad erstmals in wichtige Positionen gekommen waren, ist ein Grundübel des politischen System Irans, das der aus dem iranischen Sicherheitsapparat stammende Ruhani entschärfen will. Sein Ziel ist es, durch die wirtschaftliche Gesundung des Landes die Klientelnetzwerke der Hezbollahis unattraktiv zu machen, ihre Aktivisten von den Politikern zu trennen und in der Gesellschaft zu marginalisieren.

Ruhanis Wirtschaftsreform ist in den Provinzen an eine Verwaltungsreform gekoppelt. Dabei spielt die Stärkung der Provinzverwaltungen eine zentrale Rolle: den staatlich eingesetzten Gouverneuren (*ostândâr*) sollen mehr Entscheidungskompetenzen im

Wirtschaftsbereich zugestanden werden und die Anzahl regional-ansässiger Beamter in der örtlichen Verwaltung erhöht werden. Die Regierung hofft damit zwei Ziele zu erreichen: Erstens die Stärkung der Wirtschaft in den Provinzen, indem die Entscheidungsfindungsprozesse verschlankt werden, weil sie von den Teheraner Ministerien weg in die Provinzverwaltungen gelegt werden. Zweitens wird damit auch den iranischen Volksgruppen entgegengekommen, die vor allem in den heiklen Grenzprovinzen die Mehrheit stellen. So wurde in der Provinz Kordestan seit einem Jahr die kurdische Sprache unterrichtet, was als Reaktion auf den kurdischen Nationalismus und die Verbesserung der Stellung der kurdischen Sprache in der Türkei und die davon ausgehende Vorbildwirkung für die iranischen Kurden gedacht ist. Forderungen anderer Volksgruppen auf muttersprachlichen Unterricht, wie sie vor allem von den türkisch-sprachigen Aserbaidschanern vorgebracht wurden, sind bisher nicht berücksichtigt worden. Es ist also abzuwarten, ob Kordestan eine Ausnahme bleibt oder der Beginn einer neuen Volksgruppenpolitik ist.

Die innen- und wirtschaftspolitische Erfolgsbilanz Ruhanis sieht bisher recht mager aus und kann sich negativ auf die *Präsidentschaftswahl im Mai 2017* auswirken. Dennoch gehen die meisten Beobachter von seiner Wiederwahl aus. Einerseits, weil er die ideale Figur für den existierenden politischen Kompromiss der Eliten ist, da er weder dem Reformlager, noch den Prinzipalisten oder den Konservativen angehört. Darüber hinaus hilft ihm natürlich seine Verankerung im iranischen Sicherheitsapparat, denn nur so war es ihm möglich, mit Rückendeckung des Revolutionsführers den Einfluss der Revolutionsgarden auf die Tagespolitik (nicht jedoch auf die Wirtschaft!) einzuhegen. So gesehen hat Ruhani gute Chancen, wieder der nächste Präsident der Islamischen Republik Iran zu werden, was nicht heißt, dass es zu keinen Überraschungen kommen könnte. Vorstellbar ist z.B., dass die allgemeine Frustration in der Bevölkerung sich negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt, was vor allem die Reformkräfte schädigen würde, oder dass das Nukleardossier von amerikanischer Seite während des Wahlkampfes hochgespielt wird und sich dadurch die politische Dynamik im Land verändert. Das würde bedeuten, dass (ähnlich wie 2005) einem Überraschkandidaten unerwartete Chancen einräumt werden – vorausgesetzt, ein derartiger Alternativkandidat wird von wichtigen politischen Netzwerken unterstützt, wofür es zurzeit keine Hinweise gibt.

Neben der Innen- und Wirtschaftspolitik wirkt sich die Umsetzung des JCPOA auch auf die Außenpolitik aus. Zwar erwartet niemand das Zusammenbrechen des Abkommens, oder dass Iran den

Atomwaffensperrvertrag verlässt. Doch eine ernste Krise zwischen den USA und Iran, vielleicht noch in der ersten Jahreshälfte, scheint den meisten Beobachtern wahrscheinlich. Aber selbst wenn die USA am internationalen Konsens über das iranische Nuklearprogramm festhalten, wird der neue amerikanische Präsident den Druck auf Teheran erhöhen. Hauptstreitpunkt ist dabei die iranische *Regionalpolitik*, die nicht nur in Washington kritisch betrachtet wird.

Aus iranischer Sicht ist von den großen ideologischen Projekten in der Region, in denen der Untergang prowestlicher Regime vorausgesagt und das Verschwinden Israels von der Landkarte prophezeit wurde, spätestens mit dem Ausscheren der palästinensischen Hamas aus der sogenannten „Widerstandsachse“ nichts mehr übrig geblieben. Was blieb, ist im Wesentlichen eine Fokussierung auf Syrien und Irak, die Kurdenfrage (siehe Kasten) und das Problem der Konfessionalisierung der Konflikte. Diese ist einerseits der von den Saudis betriebenen propagandistischen Umdeutung der Widerstandsachse in einen „schiitischen Halbmond“ geschuldet, andererseits ist es aber auch das Resultat der Konflikte im Irak und Syrien. Die Konfessionalisierung beraubte die Iraner weitgehend ihrer islamischen Legitimität in der Region, wo sie als Perser und Schiiten seit jeher als Außenseiter betrachtet wurden. Außerdem beobachtet Teheran mit wachsender Sorge, wie sich iranische Sunniten extremistischen Gruppen wie dem IS anschließen und nach ihrer Rückkehr zur Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes werden.

Am deutlichsten wird der ideologische Wandel Irans in der Syrienpolitik. Zu Beginn der Krise wurde die Unterstützung des Regimes ideologisch gerechtfertigt, Syrien wurde zum Frontstaat gegen Israel und gegen die „globale Arroganz“, sprich die von den USA dominierte Weltordnung, hochstilisiert. Die militärische Unterstützung bestand im Wesentlichen aus Hilfe zur Selbsthilfe und wurde über die „Qods“-Einheit der Revolutionsgarde abgewickelt. Diese fungierte einerseits als Militärberater, wobei sie durchaus auch in Gefechte eingriffen, andererseits aus dem Aufbau ideologisch-verlässlicher lokaler Milizen. Bald nach dem Beginn der Krise wurden vermehrt schiitische Afghanen und Iraker herangezogen, was zwangsläufig die Konfessionalisierung des Konfliktes verstärken musste. Nach dem Siegeszug des IS im Jahre 2014 wurde die Begründung für den Syrieneinsatz verändert. Nunmehr betonte Teheran der eigenen Bevölkerung gegenüber, es sei vernünftiger, den IS fern von den iranischen Grenzen zu bekämpfen und so ein Übergreifen der Organisation auf iranisches Staatsgebiet zu verhindern. Die schweren Verluste im Kampf gegen den IS führten

dazu, dass Teheran mit seinen nun drei schiitischen Milizen (Fatehin, Zeynabiyun und Fatemin) alle Möglichkeiten zur Rekrutierung Freiwilliger erschöpft hatte. Wie dramatisch sich die militärische Situation verschlechtert haben muss, lässt sich allein daran ablesen, dass 2016 erstmals Einheiten der regulären iranischen Armee ins Ausland verlegt wurden, nämlich Teile der prestigieösen 65. Luftlandebrigade, deren Tradition auf die US-amerikanischen Green Berets zurückgeht.

Teheran setzt in seiner Syrienpolitik jedoch nicht für sich allein auf die militärische Karte, sondern stimmt sich mit Russland ab. Das betrifft militärische Operationen genauso, wie die internationale Politik, wie die iranische Teilnahme an den Gesprächen in Astana zeigt. Offensichtlich versuchen Moskau und Teheran unter Einbindung der Türkei und in Koordination mit der Regierung in Damaskus einen Waffenstillstand entlang der jetzigen Frontlinien zu erwirken, um in weiterer Folge eine syrische Nachkriegsordnung zu schaffen. Ähnliches hatte schon die UN unter Staffan de Mistura versucht. Sollte es wider Erwarten Teheran und Moskau im Laufe des kommenden Jahres tatsächlich gelingen, die Waffen zum Schweigen zu bringen, so würde dies einen wichtigen politischen Erfolg für beide Staaten bedeuten, die von diesem Moment an als Ordnungsmächte in der Region auftreten werden. Eine Beruhigung der Lage in Syrien würde die Lage im Irak jedoch nicht sofort verändern.

Im bürgerkriegsgeplagten Zweistromland profitiert Iran von seit Jahrzehnten etablierten schiitischen Netzwerken, von denen das wichtigste die „Badr“-Organisation ist. Badr ist maßgeblich am Aufbau der schiitischen Volksmobilisierungskräfte (*hashd al-sha'bi*) beteiligt, deren rechtlicher Status mittlerweile durch einen Parlamentsbeschluss abgesichert ist. Diese Einheit kommt zurzeit in Mosul und in anderen Regionen des Landes zum Einsatz. Teheran ist in alle wichtigen Operationen der vereinten Kräfte der irakischen Armee, Volksmobilisierungskräfte und kurdischen Peschmerga auf der Führungsebene eingebunden. Neben dem Kampf gegen den IS wird zwischen schiitischen und kurdischen Kräften hartnäckig um jene Provinzen gerungen, deren Zugehörigkeit zur Region Kurdistan noch nicht geregelt ist. So verhinderten schiitische Kräfte einen Brückenschlag kurdischer Kräfte zwischen Tel Afar und dem Sinjar Gebirge und machten immer wieder deutlich, dass sie die umstrittene Stadt Kirkuk als arabisches Einflussgebiet sehen. Mittelfristig wird Teheran versuchen, einen offenen Bürgerkrieg zwischen Kurden und arabischen Schiiten zu verhindern und daher vermittelnd eingreifen. Gleichzeitig haben aber die Iraner kein Interesse daran, den Nachbarstaat so

stark werden zu lassen, dass er wie unter Saddam Hussein den Iran bedrohen kann.

Schließlich bleibt noch die Rolle der Amerikaner im Irak für Teheran ein Problem. Teheran profitiert vorderhand vom amerikanischen Kampf gegen den IS und der amerikanischen Unterstützung für die irakische Armee. Andererseits hoffen die Iraner, die USA werden mittelfristig das Land verlassen. Zum Problem für Teheran könnten formal den Volksmobilisierungskräften angehörende militante Gruppen werden, die nach dem Sieg über den IS mit den Amerikanern zusammenstoßen. Der jetzige amerikanische Präsident wird viel weniger Langmut beweisen und sofortige Genugtuung verlangen; ähnliches gilt auch für den Persischen Golf, wenn die Revolutionsgarden wieder versuchen sollten, dort die 5. Flotte zu provozieren.

Zusammengefasst ist davon auszugehen, dass die iranischen Regionalmachtansprüche bescheidener geworden sind und sich im Wesentlichen auf die – zugegeben herkulische – Aufgabe der Befriedung in Syrien und im Irak beschränkt. Erhöht hat sich das Eskalationspotential mit den USA, und zwar sowohl auf diplomatischer Ebene, als auch in der Region, vor allem im Irak und im Persischen Golf. Schwerpunkt der iranischen Politik bleibt jedoch die Umsetzung des JCPOA, mit der die notwendigen Reformen finanziert werden soll. Dies wird auch über die Wiederwahl von Ruhani entscheiden. Die Islamische Republik Iran wird vorsichtig auf der internationalen Bühne agieren, gleichwohl selbstbewusst die Region gestalten wollen.